

Vorlage-Nr.: **1008-2005** vom 26.08.2005
 Aktenzeichen: 510-006
 Fachbereich: Fraktion von Bündnis90/Die Grünen
 Frau Streicher-Eickhoff, Marianne
 Beteiligungen: *L - Büro Landrat*
 Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:

| <i>Nr.</i> | <i>Gremium</i> | <i>Status</i> | <i>Zuständigkeit</i> |
|------------|---|---------------|-------------------------------------|
| 1. | Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales | Ö | Zur vorbereitenden Beschlussfassung |
| 1. | Haupt- und Finanzausschuss | Ö | Zur vorbereitenden Beschlussfassung |
| 2. | Kreistag | Ö | Zur abschließenden Beschlussfassung |

Betreff: **Fusion der Kreiskrankenhäuser mit dem St. Rochus-Krankenhaus in Dieburg**
Antrag der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Der Vorsitzende der Betriebskommission Kreiskrankenhäuser, Herr Landrat Jakoubek, wird gebeten einen Bericht über den Verlauf der Fusionsverhandlungen mit der St. Rochus Stiftung vorzulegen.

Er soll insbesondere Auskunft geben über

- den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und die Perspektiven;
- die im Zeitverlauf untersuchten und verhandelten unterschiedlichen Standortkonzepte einer Fusion;
- die gegensätzlichen fachlichen Argumente der Verhandlungspartner zu den einzelnen Konzepten;
- die prognostizierten wirtschaftlichen Auswirkungen der unterschiedlichen Fusionsmodelle;
- die Teilnahme bzw. Einflussnahme/Vorgabe Dritter an den Verhandlungen.

Begründung:

Die Fusionsverhandlungen mit dem St Rochus Krankenhaus ziehen sich bereits über Jahre hin.

Die Information der Öffentlichkeit und somit auch der Kreistagsmitglieder war - aus teilweise verständlichen Gründen - spärlich. Die Berichterstattung in der Presse war aufgrund der fehlenden Informationen eher spekulativ.

Nachdem zuletzt das Darmstädter Echo an zwei aufeinanderfolgenden Tagen (24. und 25. August 2005) widersprüchliche Pressemeldungen der Träger der Krankenhäuser (Landkreis und St. Rochus Stiftung) veröffentlicht hat, besteht Informationsbedarf über den Zeitverlauf, die verhandelten Inhalte und die fachlichen Argumente. Dies ist notwendig bevor der Kreistag zu Entscheidungen aufgefordert wird, da diese erhebliche Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung und auf die Kreisfinanzen haben werden.